



HESSISCHER LANDTAG

Kleine Anfrage

Yanki Pürsün (Freie Demokraten)

Sind die bestehenden Regelungen für Wohnungsgeberbestätigungen durch Hotels geeignet, Missbrauch zur Erlangung von Aufenthaltsrechten wirksam zu verhindern?

Vorbemerkung:

Die Verurteilung eines Frankfurter Hoteliers wegen Einschleusens von Ausländern durch die Ausstellung unzutreffender Wohnungsgeberbestätigungen hat Zweifel an der Wirksamkeit der bestehenden Kontrollmechanismen geweckt. Nach Berichten des Hessischen Rundfunks wurden seit Einführung der Wohnungsgeberbestätigung im Jahr 2015 für die von dem Beschuldigten betriebenen Hotels rund 650 Wohnungsgeberbestätigungen ausgestellt. Die Stadt Frankfurt am Main bewertet diese Zahl im Vergleich zu anderen Hotels als unauffällig. Gleichzeitig hat Hessens Innenminister Roman Poseck angekündigt, mögliche Schwachstellen bei der Erkennung missbräuchlicher Wohnungsgeberbestätigungen zu überprüfen und bestehende Schlupflöcher zu schließen. Hotels nehmen im Melderecht eine besondere Stellung ein. Sie beherbergen regelmäßig eine große Zahl wechselnder Gäste und stellen in bestimmten Fällen Wohnungsgeberbestätigungen aus. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob die bestehenden Regelungen und Kontrollmechanismen ausreichen, um missbräuchliche Wohnungsgeberbestätigungen frühzeitig zu erkennen und deren Nutzung zur Erschleichung von Aufenthaltsrechten wirksam zu verhindern.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Zahl von rund 650 Wohnungsgeberbestätigungen für die Hotels des in der Vorbemerkung genannten Beschuldigten?
2. Welche Vergleichsdaten liegen der Landesregierung zu Wohnungsgeberbestätigungen durch Hotels in Frankfurt am Main und in Hessen vor?
3. Wie bewertet die Landesregierung die Aussage der Stadt Frankfurt, die Zahl der für die Hotels des Beschuldigten ausgestellten Wohnungsgeberbestätigungen sei im Vergleich zu anderen Hotels unauffällig?
4. Ab welcher Häufung von Wohnungsgeberbestätigungen hält die Landesregierung einen automatisierten Prüfhinweis für sachgerecht?
5. Welche statistischen Auswertungen über die Ausstellung von Wohnungsgeberbestätigungen durch Hotels liegen der Landesregierung vor?
6. Welche Verfahren bestehen, um auffällige Häufungen von Anmeldungen ausländischer Staatsangehöriger in Hotels zu erkennen?
7. Hält die Landesregierung eine Ergänzung des bundesweit einheitlichen Formulars der Wohnungsgeberbestätigung um eine Erklärung für erforderlich, ob dem Wohnungsgeber die aufenthaltsrechtliche Situation der angemeldeten Person bekannt ist?
8. Hält die Landesregierung eine Ergänzung des bundesweit einheitlichen Formulars der Wohnungsgeberbestätigung um eine Erklärung für erforderlich, dass der Wohnungsgeber eine Scheinanmeldung zur Erlangung eines Aufenthaltsrechts ausschließt?
9. Welche Bewertung des Missbrauchsrisikos der Wohnungsgeberbestätigung hat die Landesregierung seit deren Einführung vorgenommen?

10. Plant die Landesregierung eine Bundesratsinitiative oder andere Initiativen zur Änderung der bundesrechtlichen Regelungen über die Wohnungsgeberbestätigung, um deren Missbrauch wirksamer zu verhindern?

Wiesbaden, den 22.07.2026

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'Yanki Pürsün', written in a cursive style.

Yanki Pürsün